

Bezirksamtsvorlage Nr. 1199

zur Beschlussfassung -

für die Sitzung am Dienstag, dem 14. April 2026

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 2551/VI, Beschluss vom 22.01. 2026 betrifft:

Kaffeewette offensiv unterstützen - Hilfsbereitschaft für Kältehilfe nicht durch Bürokratie torpedieren

2. Berichterstatter/in:

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „**Kaffeewette offensiv unterstützen - Hilfsbereitschaft für Kältehilfe nicht durch Bürokratie torpedieren**“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.

II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Bezirksbürgermeisterin beauftragt.

III. Veröffentlichung: ja

IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat:

b) Frauenvertretung:

c) Schwerbehindertenvertretung:

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung:

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

Keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:
Keine
7. Integrationsrelevante Auswirkungen:
Keine
8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:
Keine
9. Beteiligungsrelevante Auswirkungen:
Keine
10. Auswirkungen auf den Klimaschutz:
Keine
11. Mitzeichnung(en):
Keine

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

Vorlage -zur Kenntnisnahme- über Kaffeewette offensiv unterstützen – Hilfsbereitschaft für Kältehilfe nicht durch Bürokratie torpedieren

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 22.01. 2026 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 2551/VI)

Das Bezirksamt wird ersucht, sich nach der erfreulichen Korrektur des Verbots durch den Regierenden Bürgermeister nunmehr offensiv und mit maximalem Engagement an der berlinweiten Kaffeewette zugunsten der Berliner Kältehilfe zu beteiligen. Dazu wird das Bezirksamt gebeten, unverzüglich eine breit angelegte Informationskampagne zu starten (Webseite, Social Media, Pressemitteilungen), um die Bürgerinnen und Bürger nach der durch das kurzzeitige Verbot entstandenen Verunsicherung wieder zur aktiven Teilnahme zu motivieren.

Die Sammelstellen in den Bürgerämtern in Mitte, Tiergarten und Wedding sollen beibehalten und durch eine gut sichtbare Kennzeichnung sichtbar gemacht werden. Das Bezirksamt wird ebenfalls ersucht, gegenüber dem Senat und im Rat der Bürgermeister aktiv einzufordern, dass für humanitäre Hilfsaktionen wie die Kaffeewette keine strengeren Maßstäbe angelegt werden als für repräsentative Zwecke (wie z. B. das Hoffest des Regierenden Bürgermeisters).

Eine Ungleichbehandlung bei der Einwerbung von Spenden/Sponsoring zulasten vulnerabler Gruppen ist künftig auszuschließen. Außerdem wird das Bezirksamt ersucht, eigenständig und im Rat der Bürgermeister landesweit, ein Konzept vorzulegen, wie solche bezirklichen Unterstützungsleistungen für die Kältehilfe langfristig rechtssicher verstetigt werden können, damit im nächsten Winter ein erneutes politisches „Hin und Her“ vermieden wird.

Das Bezirksamt hat am 14. April 2026 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Das Bezirksamt Mitte hat das Sammeln von Kaffeespenden im zurückliegenden Winter auch nach dem zwischenzeitlichen Verbot des Regierenden Bürgermeisters weitergeführt, diese Sammlung als „Wette“ mit von Unternehmern im Erfolgsfall ausgelobten Geldspenden fortzuführen. Diese Fortsetzung erfolgte dann allerdings nicht mehr als Wette, sondern als reiner Aufruf, Kaffee für soziale Einrichtungen vorzugsweise der Kältehilfe zu spenden. Der Grund dafür war, dass zum Zeitpunkt des Verbots die ja auch im hier behandelten Ersuchen der BVV geforderte „breit angelegte Informationskampagne“ bereits mit angelaufen war, unter anderem mit einem in den sozialen Netzwerken veröffentlichten Video mit der Bezirksbürgermeisterin. Zudem waren erste Kaffeespenden bereits eingetroffen. Diese alles sollte und konnte nicht mehr rückgängig gemacht werden. Lediglich in den dazugehörigen Textteilen der digitalen

Veröffentlichungen wurde der Hinweis gelöscht, es handele sich eine Wette, die im Erfolgsfall mit einer Geldspende verschiedener Unternehmer belohnt werden würde.

Nachdem das Verbot der Beteiligung der Bezirksämter an der Kaffeewette dann wieder rückgängig gemacht worden war, hat auch das Bezirksamt Mitte seine Informationskampagne im ursprünglich geplanten Sinne einer „Kaffeewette“ fortgesetzt und auf allen verfügbaren analogen und digitalen Wegen offensiv dafür geworben. Das Bezirksamt Mitte hatte sich anders als andere Bezirksämter erstmals an der Kaffeewette beteiligt. Die insgesamt eingegangenen 340 Kaffeepäckchen sind an drei Einrichtungen der Kältehilfe übergeben worden (Evas Haltestelle, Kältehilfe der Caritas Residenzstraße, Wärmestube der Johanniter am Alexanderplatz). Die Geldspende in Höhe von 2500 Euro ging an das „Spätcafé Heilandskirche“ an der Thusenlaalée. Das Bezirksamt Mitte wird sich auch im kommenden Winter wieder an der Kaffeewette beteiligen und auf Grundlage seiner erstmals gemachten Erfahrungen die Zahl der öffentlichen Sammelstellen im Bezirk erhöhen und auch die entsprechende Informationskampagne noch verstärken.

Unter der Federführung der Bezirksämter Friedrichshain-Kreuzberg und Reinickendorf ist das Thema „Kaffeewette“ in den Rat der Bürgermeister getragen worden mit dem Ziel, diese humanitäre Hilfsaktion künftig rechtssicher zu verstetigen und den reibungslosen Ablauf zu gewährleisten. Das Bezirksamt Mitte unterstützt diese Initiative und sieht daher von der Erstellung eines eigenen Konzeptes ab.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V. mit § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Keine

Berlin, den 14. April 2026

Bezirksbürgermeisterin Remlinger